

Auf dem „Schlachtfeld der Leistungsgesellschaft“

Über Michael J. Sandel „Vom Ende des Gemeinwohls“

Stefan Hradil

Alle fordern Chancengleichheit

Mehr Chancengleichheit in Bildung und Beruf wird von Sozialwissenschaftlern schon seit vielen Jahrzehnten gefordert. Der öffentliche Diskurs nahm das lange zur Kenntnis, ging dann jedoch regelmäßig zur Tagesordnung über. Die meisten Menschen – Politiker aller Couleur eingeschlossen – akzeptierten zwar, dass hier ein Missstand vorliegt, zuckten aber ansonsten mit den Achseln. In den Schulen und Hochschulen blieb daher bis vor wenigen Jahren alles beim Alten. Die Erfolge von Kindern aus unteren Schichten und der meisten Kinder mit Migrationshintergrund blieben bescheiden.

Das änderte sich nach der Jahrtausendwende allmählich. Aus geburtenschwachen Jahrgängen gelangten immer weniger Bewerber auf den Arbeitsmarkt. Dadurch wurden qualifizierte Kräfte zur gesuchten Mangelware. In den Unternehmen wurden sie begehrt und immer besser entlohnt. Mehr Zustrom erhoffte man sich zuletzt aus bildungsfernen Milieus. Angesichts der allgemeinen Knappheit an Fachkräften und Hochqualifizierten stellten ambitionierte Schüler aus unteren Schichten für die besser gestellten Kinder auch keine Gefahr mehr dar. Vorher, in den Zeiten der Massenarbeitslosigkeit, hätten Bildungserfolge von Migranten- und Unterschichtkindern die ohnehin harte Konkurrenz um die raren Arbeitsplätze noch verschärft, am Ende gar die hohen Erfolgsquoten der Bürgerkinder gemindert. Deshalb redete man bis etwa zum Jahr 2000 nur wenig von Chancengleichheit und tat fast nichts für sie.

In letzter Zeit erleben dagegen Forderungen nach Chancengleichheit eine regelrechte Hochkonjunktur. Alle fordern Chancengleichheit. Und tatsächlich werden auch



Prof. em. Dr. Dr. h.c. Stefan Hradil
Universität Mainz, Institut für Soziologie

Michael J. Sandel
Vom Ende des Gemeinwohls

Wie die Leistungsgesellschaft unsere Demokratie zerreißt



immer mehr Maßnahmen zur schulischen Integration von benachteiligten Kindern umgesetzt. Allmählich, wenn auch im Zeitlupentempo, stellen sich auch mehr Schulerfolge von Kindern aus unteren Schichten und deren berufliche Aufstiege ein. Die Realisierung der Chancengleichheit macht langsam Fortschritte.

Wer Chancengleichheit sagt, muss auch Leistungsprinzip und Ungleichheit sagen

Die Idee der Chancengleichheit wird immer mehr zur gängigen, schnell ausgesprochenen, sofort akzeptierten, aber wenig bedachten Floskel. Daher sollten wir uns vergegenwärtigen, was mit ihr gemeint ist.

Als ideale Zielvorstellung gilt dabei die sog. „proportionale Chancengleichheit“. Hiernach sollte auf jeder Stufe des Bildungswesens und der Berufswelt der Anteil aller Schichten, Ethnien und Geschlechter genau so groß sein wie in der Bevölkerung. Also: Die Hälfte aller Direktoren und Vorstände sollten weiblich sein, die Eltern nur eines Viertels aller Hauptschüler sollten un- und angelernte Erwerbstätige sein, usw. Da es in keinem Land der Welt bisher gelang, eine „proportionale Chancengleichheit“ zu verwirklichen, gilt diese Vorstellung kaum als Zielvorstellung mit Realitätsanspruch, wohl aber als Ideal und Messlatte. Manche eher konservativ Gesinnte ziehen deshalb den nicht quantifizierenden Begriff „Chancengerechtigkeit“ vor. Sie wecken damit allerdings auf der normativen Ebene mindestens ebenso unrealistisch hohe Erwartungen wie die eher progressiv Gesinnten mit dem quantitativen Anspruch der „Chancengleichheit“.

Enthalten im Begriff Chancengleichheit ist immer ein bestimmtes *Kriterium*, nach dem Erfolge oder Misserfolge an die Einzelnen vergeben werden sollen. Dieses Kriterium soll nach einhelliger Vorstellung die individuelle „Leistung“ sein. Die Liste der Einwände gegen den Begriff „Leistung“ ist indessen lang. Wenige Fragen genügen, um klar zu machen, wie problematisch das Kriterium Leistung ist: Wie abhängig ist die individuelle Leistung von Vorbedingungen, wie etwa von der Förderung im Elternhaus, von der lokalen, ethnischen oder religiösen Anregung? Ist individuelle Leistung in einer arbeitsteiligen, kooperativen Schul- und Berufswelt überhaupt noch isolierbar? Ist mit „Leistung“ der input (Anstrengung, Zuverlässigkeit, Überwindung von Hindernissen etc.) oder der output (Testergebnisse, Verkaufszahlen, Gewinn etc.) gemeint? Vielen Analytikern gilt der Begriff Leistung angesichts dieser und anderer Unklarheiten daher als Leerformel, wenn auch als eine weithin funktionale.

Was im Buch von Michael J. Sandels eine noch weit größere Rolle als die Vagheit des Leistungskriteriums spielt, ist die *Konkurrenz um ungleich große Belohnungen*, die mit den Konzepten der Chancengleichheit und der individuellen Leistung verbunden ist. Von der gleichen Chance zu sprechen, dass sich die jeweils Leistungsfähigeren durchsetzen, ohne ein ständiges Wettrennen und ungleich hohe Prämien mitzudenken, macht keinen Sinn. Wer eine Leistungsgesellschaft will, in der die individuelle Leistung als generelles Prinzip der Zuweisung und Rechtfertigung von Noten, Berufsstellungen, Einkommenshöhen etc. dienen soll, muss auch Arenen wollen, die Gewinner und Verlierer als Ungleiche verlassen.

Die eben erwähnten Implikationen und Unklarheiten des Leistungsprinzips spielen derzeit in der öffentlichen Diskussion kaum eine Rolle. Zu groß ist der Glaube daran, dass mit mehr Chancengleichheit in einer perfektionierten Leistungsgesellschaft unsere Gesellschaft gerechter und zugleich reicher werden könne. Denn ihr Hunger nach qualifizierten Arbeitskräften könne gestillt werden, indem die bislang ungenutzten Reservoirs der Leistungsfähigen in bildungsfernen Milieus angezapft werden und ihnen zugleich Gerechtigkeit widerfährt. Wenn heute etwas kritisiert wird, dann ist es die unvollständige Realisierung des Leistungsprinzips, nicht das Leistungsprinzip und die Leistungsgesellschaft selbst. So wird beklagt, dass die Sprösslinge aus privilegierten Milieus aufgrund ihrer Lebensart, ihres Selbstbewusstseins und ihrer Kontakte die Wettrennen um gute Noten, Machtpositionen und hohe Bezüge chronisch gewinnen. Es wird kritisiert, dass die Kinder aus den unteren Bevölkerungsetagen die Konkurrenz in Schule und Beruf viel häufiger verlieren, als es sein müsste. Auf die Art der Wettrennen, auf die Ungleichheit der Belohnungen und auf die Folgen dieser Inszenierungen wird in der Regel nicht geachtet.

Wer ist der Verfasser?

Genau hier setzt Michael J. Sandel mit seinem neuen Buch „Vom Ende des Gemeinwohls. Wie die Leistungsgesellschaft unsere Demokratien zerreißt“ (S. Fischer, Frankfurt am Main, 2020) an. Er attackiert die Leistungsgesellschaft selbst und nicht ihre unzureichende Umsetzung.

Der Verfasser ist 68 Jahre alt, studierte in Oxford und lehrt seit 1980 politische Philosophie in Harvard. Eine Vorlesungsreihe über Gerechtigkeit machte ihn „zum weltweit populärsten Moralphilosophen. Seine Bücher beschäftigen sich mit Ethik, Demokratie und Kapitalismus und wurden in 27 Sprachen übersetzt.“ (Klappentext)

Festzuhalten bleibt, dass der Verfasser Philosoph ist, nicht etwa Soziologe oder Wirtschaftswissenschaftler. Diese Disziplinen haben zum Thema seines neuen Buches ja auch manches zu sagen. Sandel, der früh als Wegbereiter des Kommunitarismus hervorgetreten ist, vertritt die Auffassung, dass Werte und moralische Überzeugungen die Grundlage unseres Gemeinwesens sind und auch zu sein haben. So beginnt er auch dieses Buch mit einer historischen Herleitung der Leistungsgesellschaft aus dem Protestantismus. Der Verfasser ist also kein Liberaler im europäischen Sinn. Er will das Zusammenleben der Menschen nicht weit möglichst dem Wechselspiel der jeweiligen Eigeninteressen und der Freisetzung gesellschaftlicher Kräfte überlassen. Nicht der Marktwert, nur der moralische Wert für das Gemeinwohl kann ihm zufolge Grundlage einer Bewertung von Leistungen sein. Sandel ist aber auch kein Liberaler im US-amerikanischen Sinn, der etwa der hiesigen Sozialdemokratie entspricht.

Was fordert der Verfasser? Zusammenfassung des Inhalts

Das immer wieder wiederholte Hauptargument seines Buches ist, dass die Meritokratie sowohl „oben“ als auch „unten“ in der Gesellschaft zu unhaltbaren Missständen führe.

Die hohen Einkommen und das hohe Prestige von Menschen mit überlegener Leistungsfähigkeit verführe diese „Elite“ zu glauben, sie hätten ihre Privilegien auch verdient. Ihre Bevorzugung blende ihre Start- und Konkurrenzvorteile – etwa durch Herkunft, Rasse, Glück oder den schieren Zufall, jeweils begehrte Leistungen anbieten zu können – aus ihrem Gesichtsfeld aus. Das erzeuge Überheblichkeit und Maßlosigkeit. Infolgedessen steige die soziale Ungleichheit, aber auch die Verachtung und Unnachsichtigkeit gegenüber denjenigen, die weniger zu leisten imstande seien. Aber selbst für die Privilegierten wirke sich die Leistungsgesellschaft oft erdrückend, ja nicht selten geradezu selbstzerstörend aus.

Ein System, das „die besten Köpfe“ rühmt und belohnt, ist „dafür anfällig, den Rest implizit oder explizit als „rubbish“ also „Müll“ herabzusetzen.“ (S. 256) „Unten“ in der Gesellschaft bleibt, Sandel zufolge, den Unterlegenen gerade in einer Leistungsgesellschaft weder Selbstachtung noch Respekt.

Insgesamt übe die „Herrschaft der Leistung“ ihre Tyrannei also in zwei Richtungen zugleich aus. „Bei denjenigen, die an der Spitze landen, löst sie Angst aus; dazu einen schwächenden Perfektionismus und eine meritokratische Überheblichkeit, die darum kämpft, ein fragiles Selbstwertgefühl zu verdecken. Denen die zurückbleiben, bürdet sie ein demoralisierendes oder gar demütigendes Gefühl des Scheiterns auf.“ (S. 293)

Was ist von dieser Diagnose zu halten?

Zunächst ist festzuhalten, dass diese kritischen Argumente und Verweise auf nachteilige Effekte des Leistungsprinzips keinesfalls neu sind.

Es war unter anderem Michael Young, ein der Labour Party nahestehender britischer Soziologe, der sie 1958 ganz ähnlich in seinem Buch „The Rise of Meritocracy“ (dt. „Es lebe die Ungleichheit“) formulierte. Michael J. Sandel zitiert ihn ausführlich. (S. 285ff.)

Nun ist die Wiederholung von und die Erinnerung an ältere Literatur weder notwendigerweise falsch noch verwerflich. Im Gegenteil: Gerade angesichts des oben erwähnten derzeitigen Hypes um die Chancengleichheit ist es meines Erachtens ausgesprochen verdienstvoll, auch an die Kehrseiten des Leistungsprinzips zu erinnern.

Deswegen liegen die Defizite des vorliegenden Buchs auch nicht in der Kritik des Leistungsprinzips. Dieser Diagnose kann man, wenigstens im Prinzip, durchaus zustimmen.

Allerdings fällt die Kritik Sandels am Leistungsprinzip unter anderem deswegen so harsch aus, weil sich das US-amerikanische Bildungswesen und manche anderen Institutionen der USA von deutschen und vielen europäischen doch sehr unterscheiden.

So beschreibt und kritisiert Sandel sehr ausführlich den kostspieligen, mühsamen und für die Betroffenen oft traumatisierenden Wettbewerb um die begehrte Zulassung zu einer der US-amerikanischen privaten Spitzenuniversitäten. Ein Abschluss z.B. in Harvard, Yale oder Princeton sichert eine berufliche Spitzenposition, und das nicht nur in den USA. Ein Examen an einer der vielen staatlichen Universitäten erschwert es in den USA dagegen sehr, in die oberen Etagen von Unternehmen aufzu-

steigen. Die Zulassung zu Spitzenhochschulen und der Erwerb der hierfür nötigen Schulnoten wird daher häufig durch intensive elterliche Betreuung und teure Vorbereitungskurse von langer Hand vorbereitet. Das ist nur begüterten Familien möglich, führt zu grotesker Überrepräsentation ihrer Kinder an Eliteuniversitäten und drillt die Bewerber auf blinden Fleiß hin. „Auslese und Eifer verdrängen Lehre und Lernen.“ (S. 291) Die Konsequenz: „Diejenigen, die auf dem Schlachtfeld der Leistungsgesellschaft siegen, kehren triumphierend, aber verwundet zurück.“ (S. 288)

Ob allerdings die Verlosung von Studienplätzen an z.B. der Harvard-Universität, wie es der Autor vorschlägt, eine Lösung darstellt und in den USA akzeptabel ist, kann man bezweifeln. Auf die Idee, eine größere Gleichwertigkeit der amerikanischen Universitäten anzustreben und so dem überspitzten Wettbewerb die Grundlage zu entziehen, kommt der Autor nicht. Schließlich betont er mehrfach stolz, dass er seit 1980 an der Harvard-Universität lehrt.

Allerdings ist der Zugang zu amerikanischen Elitenuniversitäten oft dann deutlich leichter, wenn die Eltern schon an der betreffenden Hochschule Examen gemacht haben oder für sie spendeten oder aber, wenn Bewerber aus benachteiligten Gesellschaftsgruppen kommen. Alle diese leichteren Wege in die Elite kollidieren jedoch mit dem Leistungsprinzip. Die Beschreibung solcher Missstände im Zugang zu Spitzenuniversitäten versöhnt den deutschen Leser mit der oft kritisierten prinzipiellen Gleichwertigkeit deutscher Universitäten und ihren Aufnahmeprinzipien.

Schlimmeres stellt Sandels im Hinblick auf die Gescheiterten dar, die überhaupt keine Universitätsschlüsse erlangen und auch sonst beruflich nicht reüssieren. Für sie sind die geschilderten Auswirkungen des Leistungsprinzips oft geradezu zerstörerisch. Die Folgen reichen hin bis zu zahlreichen „Todesfällen aus Verzweiflung“, durch Alkohol, Drogen oder Suizid.

Aber der deutsche Leser bemerkt an dieser Stelle auch, dass es in den USA kaum berufliche Qualifikationsmöglichkeiten unterhalb von Hochschulabschlüssen gibt. Hierzulande vermitteln die duale Berufsausbildung, Meisterprüfungen, Technikerexamen und vieles mehr durchaus Qualifikationen, Chancen und Selbstwertgefühle. Ähnliches gilt für Weiterbildungschancen und für eine aktive Arbeitsmarktpolitik überhaupt.

Somit entstehen gravierende Zweifel, ob Sandels Buch von „dem“ Leistungsprinzip handelt oder nur von der USA-Version des Leistungsprinzips. Das wiederum lässt die Frage aufkommen, wieso man dieses Buch unkommentiert einfach übersetzt und auf den deutschen Markt geworfen hat.

Apropos Übersetzung: An zahlreichen Stellen kamen mir Zweifel an der Übersetzung. Ich habe sie nicht mit der Originalausgabe verglichen, aber zum Beispiel ständig von einem „Gerede“ der Politiker vom Leistungsprinzip zu lesen oder an anderer Stelle immer wieder auf semantische Unklarheiten zu stoßen, wirft doch die Frage auf, welche Begriffe in der amerikanischen Ausgabe benutzt wurden und ob sie sinngerecht übersetzt sind.

Auch die zahllosen Wiederholungen im Buch, die Exzerpte früherer Veröffentlichungen des Autors (zum Beispiel in seiner Rawls-Kritik) und die mäandrierende „Argumentation“ im Ganzen schreien geradezu nach einem tüchtigen Lektor.

Wenn die Diagnose des Autors irritiert, weil sie sich weithin auf Spezifika der USA beruft, soll das nicht heißen, dass man in Deutschland auf eine Kritik des Leistungsprinzips verzichten und sich auf eine Kritik *der Realisierung* des Leistungsprinzips beschränken kann. Mit Sicherheit haben die allseits geforderte Chancengleichheit und das darin enthaltene Leistungsprinzip auch in Deutschland ihre Schattenseiten. Und manche von ihnen sind auch vermeidbar, beispielsweise die Hysterie von Eltern um den Gymnasialzugang ihrer Kleinen und der Mangel an Weiterbildungsangeboten für Unqualifizierte. Aber oft sind es nicht jene Defizite, von denen der Verfasser aus den USA berichtet.

Die vorgeschlagene Therapie: Eine Engführung

Was schlägt der Autor vor, um die dargestellten Übel zu beseitigen? Abgesehen vom abstrusen Vorschlag, Zugänge zu Spitzenuniversitäten zu verlosen, wartet der Leser lange auf Antworten. Dann kommt die Rede endlich auf das Gemeinwohl. Arbeit soll, Michael J. Sandels zufolge, nicht nach ihrem Marktwert, sondern nach dem jeweiligen Beitrag zum Gemeinwohl entlohnt werden.

Die vom Verfasser angeführten Beispiele für Arbeiten, die dem Gemeinwohl *nicht* dienen, kommen weitgehend aus der Finanzwelt. Die Konstruktion von verwegenen Derivaten nützt niemandem außer Finanzjongleuren, Wetten auf Kursverluste ebenso, auch der elektronisch ermöglichte Hochgeschwindigkeitshandel mit Aktien schafft keine Investitionen, sondern nur Gewinne für die Händler. Der Autor schlägt, wie viele andere, eine entschiedene Besteuerung dieser Aktivitäten vor.

Mit Blick auf die unteren Schichten macht der Verfasser darauf aufmerksam, dass die Arbeitsleistung der Verlierer in der Leistungsgesellschaft in den USA weder Anerkennung noch Wertschätzung genießt. Ihnen hilft nach seiner Meinung keine konsum- und marktorientierte Auffassung von Gemeinwohl (das wird man wohl weithin mit Geldzuwendungen übersetzen können). Ihnen hilft nach Sandels Auffassung nur eine zivilgesellschaftliche Fassung des Gemeinwohls, die anerkennt, wer Waren und Dienstleistungen bereitstellt, mit denen die Bedürfnisse von Mitbürgern erfüllt werden können. „Der Wert unseres Beitrags hängt vielmehr von der moralischen und zivilgesellschaftlichen Bedeutung der Ziele ab, denen unsere Bemühungen dienen.“ (S. 332)

Der zivilgesellschaftliche Therapievorschlagn des Autors birgt indessen eine Gefahr: Abgesehen von Extrembeispielen, wie unproduktiven Teilen des Bankwesens oder der Glücksspielparte, dürfte in modernen Gesellschaften kaum entscheidbar sein, welche Wirtschaftsaktivitäten wie sehr dem Gemeinwohl dienen. Man kann in einer modernen pluralistischen Zivilgesellschaft darüber diskutieren und ein Problembewusstsein schaffen, wie das Sandel vorschlägt. Aber man wird kaum zu konsensuellen Lösungen kommen, ob beispielsweise die Müllabfuhr, die Altenpflege, die Medizin und die Wissenschaft mehr zum Gemeinwohl beitragen und somit höhere Belohnungen verdient. Erst recht wird es nicht dazu kommen, ein „Zusammengehörigkeitsgefühl“ zu entwickeln und ein „Gefühl, einander als Mitglieder einer Gemeinschaft verpflichtet zu sein“. (S. 352) Solche kommunitaristischen Wunschträume orientieren

sich an traditionellen Gemeinschaften, also Gesellschaften, die noch durch Konsens zusammengehalten wurden.

Schon der Soziologe Emile Durkheim hat uns gezeigt, dass in modernen Gesellschaften die mechanische, durch einen Konsens ermöglichte Solidarität durch die organische, durch die Arbeitsteilung getriebene Solidarität abgelöst wird. Und heute wachsen die Zweifel, ob die auch diese organische, industriegesellschaftliche Solidarität noch in der Lage ist, Gesellschaften zusammenzuhalten. Denn in Zeiten der Globalisierung wurden viele Arbeitsleistungen nach Asien oder sonst wohin ausgelagert. Deren hiesige Anbieter werden im Grunde nicht mehr gebraucht und haben es daher schwer, Solidarität einzufordern. Außer Grundregeln des Miteinander (z.B. Menschenrechte, die ersten 20 Artikel des Grundgesetzes) hält moderne Gesellschaften in einer globalisierten Welt nichts mehr zusammen.

Gerade wenn eine durch Gefühle der Zusammengehörigkeit geeinte *Gemeinschaft* angestrebt wird, ist die Gefahr groß, dass bestimmte Richtungen die daraufhin gerichteten moralischen Debatten in ihrem Sinne majorisieren. Auf der deutschen Münze des Jahres 1934 im Wert von einer Reichsmark ist umlaufend die Schrift zu lesen: „Gemeinnutz statt Eigennutz“. Die Nazis wussten Gemeinnutz sehr wohl in ihrem Sinn zu definieren und diese Lesart durchzusetzen. Da bietet sich wahrscheinlich denn doch statt dem Gemeinwohl die Nachfrage auf dem Arbeits- und Gütermarkt und damit der Marktwert als generelle Orientierung für den Wert von Arbeitsleistungen an.

Der Verfasser konzentriert seine Darlegungen, wie die Probleme einer Leistungsgesellschaft zu lösen seien, weitgehend auf die Sphäre der Erwerbsarbeit und auf die Wiederherstellung der Würde auch der gering entlohnten und kaum geachteten Erwerbstätigen. In diesem Zusammenhang schlägt der Autor vor, die „Steuerlast von der Arbeit auf Konsum und Spekulation zu verlagern. Eine radikale Möglichkeit bestünde darin, die persönlichen Einkommenssteuern und Lohnsteuern zu senken oder ganz abzuschaffen und das Steueraufkommen stattdessen dadurch zu steigern, dass man Vermögen und Finanztransaktionen besteuert. Ein bescheidener Schritt in diese Richtung wäre eine Senkung der Lohnsteuer (welche die Kosten der Arbeit für Arbeitgeber und Angestellte gleichermaßen verteuert). Da so ausgefallene Steueraufkommen würde durch eine Finanztransaktionssteuer auf den Hochfrequenzhandel ausgeglichen, der zur Realwirtschaft wenig beiträgt.“ (S. 348)

Welche ökonomischen Folgen die radikale Variante seines Vorschlags hätte, Arbeitseinkommen überhaupt nicht mehr zu besteuern und stattdessen nur auf Vermögen und Finanztransaktionen Steuern zu erheben, ist dem Verfasser offenbar nicht bewusst. Diese Maßnahmen würden die Einkommensverteilung der Erwerbstätigen noch viel ungleicher machen, als sie es in den USA ohnehin schon ist. Sie würden auch Investitionen und damit der Schaffung von Arbeitsplätzen das Wasser abgraben. Der Moralphilosoph Sandel geht nicht darauf ein. Mit Wirtschaft und Gesellschaft mag er sich nur aus moralischer Sicht befassen.

Eine zivilgesellschaftliche Auffassung des Gemeinwohls

Offenbar wurde auch dem Verfasser am Ende seines Manuskripts deutlich, dass es zu eng gedacht ist, das Gemeinwohl nur auf die Aufwertung der Arbeit zu beschränken. So geht er auf den letzten Seiten auf das ein, was er unter dem zivilgesellschaftlichen Gemeinwohl versteht.

Dazu sei keine vollkommene Gleichheit notwendig. Aber dazu gehöre: „Eine breite Gleichheit der Voraussetzungen, die es all jenen, die es nicht zu großen Reichtum oder in angesehene Stellungen bringen, ermöglicht, ihre Fähigkeiten in einer Tätigkeit zu entwickeln und ausüben, die soziale Wertschätzung erhält. Es sollte ihnen möglich sein, an einer weit verbreiteten Kultur des Lernens teilzuhaben und gemeinsam mit ihren Mitbürgern über relevanten Themen von öffentlichem Interesse nachzudenken.“ (S. 357)

Zu einer breiten demokratischen Gleichheit der Voraussetzungen gehören nach Meinung des Verfassers aber auch: „Öffentliche Orte, an denen Menschen aller Klassen, Ethnien und Glaubensrichtungen zusammenkommen“. (S. 359) In amerikanischen Städten sind solche Foren bekanntlich dünn gesät, hierzulande wird wenigstens noch um sie gekämpft.

Und dazu gehört nach Sandels Meinung eine gewisse Demut: „Das hätte auch mir passieren können, wenn nicht die Gnade Gottes, der Zufall der Geburt oder das Mysterium des Schicksals mich davor bewahrt hätte.“ (S. 362)

So gelingt es trotz manch unbedachter Auslassung zuvor dem Autor am Ende seines Buches doch noch zu skizzieren, wie das Leistungsprinzip an ein Gemeinwohl angenähert werden kann und wie die Überheblichkeit und Rücksichtslosigkeit der Gewinner sowie die Selbstverachtung und Hoffnungslosigkeit der Verlierer in Schranken gehalten werden kann.